



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/20

Hannover, 16. Februar 1949

Vor Torabschluss

Von unserem Bonner G.Sch.-Berichtersteller

Als sich der Parlamentarische Rat im September vorigen Jahres in Bonn konstituierte, waren sich mit Ausnahme der Kommunisten alle Fraktionen darüber klar, dass das zu errichtende Grundgesetz einen föderativen Charakter tragen müsse. Dem Bund sollten nur die Kompetenzen zugestanden werden, deren er zur Erfüllung der Aufgaben, die nun einmal einheitlich geregelt werden müssen, bedarf. Alle anderen Bereiche der staatlichen Verwaltung und Gesetzgebung sollten den Ländern und Selbstverwaltungskörperschaften vorbehalten bleiben.

Schon während der Sitzungen der Fachausschüsse zeigten sich aber die ersten Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Begriffes Föderalismus. Während die SPD im Finanzausschuss ein möglichst einheitliches Steuer- und Finanzwesen forderte, verlangte die CDU unter dem Einfluss der bayerischen CSU, die ihrerseits wieder unter dem Druck der Bayerpartei stand, weitgehende Steuergesetzgebungskompetenzen für die Länder und Verwaltung der Finanzen durch die Länder. Das Ziel dieser Bestrebungen war, den Bund zum Kostträger der Länder zu machen und ihn jeglicher Möglichkeit zu berauben, ein nicht bundestreues Land durch finanzielle Repressalien zur Ordnung zu rufen. Ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich in anderen Ausschüssen in der Frage der zweiten Kammer. Die SPD-Fraktion, durchaus kompromissbereit, entsprach entgegen ihrer ursprünglichen Auffassung von der grösseren Zweckmässigkeit des Senatsprinzips dem Verlangen der CSU und eines Teiles der CDU, der zweiten Kammer Bundescharakter zu geben.

In der ersten und zweiten Lesung des Hauptausschusses scheiterten denn auch alle Kompromissversuche an der unnachgiebigen Haltung der CDU/CSU-Fraktion in den Fragen des Finanzwesens und der Bundesratskompetenz. Wiederum unter dem Druck der Bayern glaubte diese Fraktion ihre Forderung nach Gleichberechtigung des Bundesrats gegenüber dem Volkstag auf allen Gebieten der Gesetzgebung nicht aufgeben zu können. Die Verwirklichung dieses Verlangens aber hätte nach Auffassung der SPD eine unerträgliche Schwerefälligkeit des Gesetzgebungs- und Regierungsapparates des Bundes zur Folge gehabt. Dieser Tatsache und der Einsicht, dass das Grundgesetz sobald wie möglich fertiggestellt werden müsse, damit recht schnell eine mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattete westdeutsche Regierung die Interessen der Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten wahrnehmen könnte - von denke nur an das Ruhrstatut - musste schliesslich auch die CDU/CSU Rechnung tragen und die CSU insbesondere musste einsehen, dass sie ihren Wettlauf mit der ultraföderalistischen Bayerpartei auf die Dauer doch nicht durchhalten konnte.

So kam es zwischen der zweiten und dritten Lesung des Hauptausschusses zu dem bekannten Kompromiss, das für alle Parteien sehr wohl annehmbar schien. Dementsprechend ging die dritte Lesung rasch vorstatten, so dass selbst ein inzwischen aufgetauchtes neues Problem - Elternrecht und Konkordatsforderung der Kirche - den Fortgang der Verhandlungen nicht wesentlich zu hemmen vermochte. Obwohl nach dem föderalistischen Prinzip alle kulturellen Belange durch Landesgesetzgebung geregelt werden sollen und ihre Verantwortung nicht in eine bundesrechtliche Grundregelung gehört, kam während der Kompromissverhandlungen die SPD der CDU soweit entgegen, dass den Eltern in Artikel 7a und b das ausschliessliche Recht auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder sowie die Entscheidung, ob diese am Religionsunterricht teilzunehmen haben, grundsätzlich zugesichert wurde. Weiter wurde festgelegt, dass der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach in den öffentlichen Volks-, Mittel- und Berufsschulen, sowie in den höheren Lehranstalten mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ist. Ein weiterer Artikel legte insbesondere im Hinblick auf die Schulverhältnisse in Bremen fest, dass diese Regelung nur für die Länder gilt, die keine andere gesetzliche Festlegung kennen.

Gerade hiergegen richtet sich unter Ausserachtlassung aller föderalistischen Grundsätze der erneute Ansturm der Kirche. Sie verlangt, wie aus dem Kommuniqué der Bonner Bischofskonferenz hervorgeht, die ausdrückliche Festlegung des Rechtes der Eltern auf Bestimmung des religiös-konfessionellen Charakters der Schulen, in die sie ihre Kinder schicken, für das ganze Bundesgebiet. Eine gleichermassen grundsätzliche Regelung verlangt sie für das Reichskonkordat. Diesen für die SPD und auch für die FDP unannehmbaren Forderungen versucht der Klerus dadurch grösseres Gewicht zu verleihen, dass er mit der Ablehnung des Grundgesetzes durch die Gläubigen der katholischen Kirche droht. Aus einer solchen bedauernden politischen negativen Haltung einer Institution, deren ausschliessliche Aufgabe auf religiösem Gebiet liegt, kann eine erneute Gefahr für das Zustandekommen des Grundgesetzes überhaupt entstehen, wenn die politischen Köpfe der CDU nicht in der Lage sind, sich gegenüber den unmassigen Forderungen der Kirche durchzusetzen.

Die beiden letzten Lesungen des Grundgesetzentwurfes im Plenum werden die Fragen der Bundeshauptstadt, der Ratifizierung des Grundgesetzes - durch Länderparlamente oder Volksentscheid - des Wahlrechtes, sowie die Wahl der Bundesflagge zu entscheiden haben. Wahrscheinlich wird der Parlamentarische Rat in etwa 14 Tagen bis drei Wochen seine Arbeit beenden können. Damit würde die staatliche Selbständigkeit einen erheblichen Schritt vorwärts getan haben. (ths/152/1/he)

Trumans Punkt vier

Von Dr. Gohardt Lütkens, Hannover

Dass die Wiederwahl Präsident Trumans für die Aussenpolitik der USA Änderungen zur Folge haben werde, war von Anfang an klar. Die von ihm befürwortete Politik sozialen Fortschritts hat die Unterstützung der Arbeiter und, was ebenso wichtig ist, auch der Farmer gefunden. In beide Häuser des Kongresses zog eine demokratische Mehrheit ein. Damit war das Ende für die Praxis gekommen, die auswärtige Politik im Einverständnis zwischen beiden Parteien zu

führen. Hiervort werden die auswärtigen Angelegenheiten vom Präsidenten als Haupt der Exekutive bestimmt werden. Der Ersatz Marshalls durch Dean Acheson ist nur eines der Anzeichen für diese Wendung.

Die ersten Andeutungen über den Kurs, welchen der Präsident einzuschlagen gedenkt, erfolgten in seiner Inaugurationsadresse. Vier Punkte wurden darin aufgeführt. Die drei ersten bestätigten im wesentlichen die bisher durch die Parteien gemeinsam herausgearbeiteten Linien. Die Vereinigten Nationen sollen unterstützt werden. Die wirtschaftliche Rehabilitation der Welt, insbesondere die Europas durch den Marshallplan, soll fortgeführt werden. Die Welt soll gegen mögliche Aggressionen gesichert und in diesem Sinne die Gebiete um den Atlantik herum in kollektiven Verteidigungsblöcken zusammengefasst werden. Neu hingegen war der vierte Punkt. Von annähernd tausend der Aussenpolitik gewidmeten Worten nahm er nicht weniger als sechshundert ein. "Wir müssen ein kühnes neues Programm ins Werk setzen, um die Wohltaten unserer wissenschaftlichen und industriellen Errungenschaften für die Besserung der Verhältnisse in den unterentwickelten Teilen der Welt zur Verfügung zu stellen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Welt lebt im Elend. Ihre Ernährung ist unzureichend . . . Ihre Armut ist ein Handicap sowohl wie eine Bedrohung für sie selbst und alle anderen."

Diese Ausführungen haben Anlass zu mannigfachen Spekulationen gegeben. Die Ansicht, es handle sich um eine Improvisation, wurde bald aufgegeben. In der Tat erscheint es schwer möglich, eine so umfangreiche Erklärung bei so wichtigem Anlass einfach als unbedeutend abzutun. Es ist möglich, dass mit diesen Ausführungen nur auf eine Ergänzung des Marshallplanes angespielt wurde. Wenn die westeuropäischen Länder bis 1952 dahin gebracht werden sollen, die notwendigen Einfuhren aus eigener Kraft zu zahlen, muss das Volumen des Welt Handels ausgeweitet und müssen neue Absatzmärkte entwickelt werden. Dazu wären amerikanische Investitionen in Übersee Ländern ein geeignetes Mittel.

Um jedoch den Rahmen für das politische Verständnis des vierten Punktes abzustechen, wird man vielleicht gut tun, sich klar zu machen, was eigentlich mit den Gegenden gemeint ist, in denen für "mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Welt die Ernährung unzureichend ist". Gerade diese Überlegung spielte eine Rolle, als man sich in der westlichen politischen Welt während des Krieges mit Plänen beschäftigte, eine ausreichende Ernährung aller Menschen zu erreichen. Es handelte sich damals um die dritte der 1941 proklamierten Freiheiten, um die Befreiung von Not und Mangel, d.h. um die Ausarbeitung weltwirtschaftlicher Massnahmen, welche die Ernährung der verelendeten Menschennassen der Welt sicherstellen sollte.

Stellt man die Länder der Welt zusammen nach dem Anteil, der in der Vorkriegszeit bei der durchschnittlichen Ernährung der in ihnen lebenden Menschen auf Getreide und Kartoffel fiel, so findet man ein zusammenhängendes Gebiet, in welchem dieser Anteil, gemessen an den zugeführten Kalorien, zwischen 70 und 90% lag. Dies sind die Länder, wo die grossen Massen der Bevölkerung unzureichend ernährt sind. Dieses Gebiet umfasst ganz Afrika, alle asiatischen

Länder und in Europa die Sowjetunion, Bulgarien, Polen, Jugoslawien und Rumänien. Dies also sind die Gebiete, auf welche die oben zitierte Beschreibung zutrifft. Die in allgemeinen Worten angekündigte Politik könnte je nach der weiteren Entwicklung in jedem Teil des so umschriebenen Gebietes Bedeutung gewinnen.

In solchem Lichte sollten auch vielleicht die späteren Sätze Präsident Trumens gelesen werden: "Ich glaube, dass jene Länder, die sich unserer Politik zurzeit entgegenstellen, ihre falschen Vorstellungen aufgeben und sich mit den freien Völkern der Welt zusammenfinden werden, um eine gerechte Beilegung der internationalen Differenzen zu erreichen."

Einbeziehung in Ostpreußen

M.B., Berlin

Vier Berliner Fragen standen im Mittelpunkt der Besprechungen, die Oberbürgermeister Reuter in der vergangenen Woche mit den Außenministern in England und Frankreich geführt hat: Verstärkung der Luftbrücke, Einführung der Westmark, Klärung des rechtlichen Status und schliesslich Einbeziehung in die im Entstehen begriffene Bundesrepublik.

Was die Luftbrücke angeht, so liegt eine bindende Erklärung von englischer Seite vor: die Tagesleistung soll auf 8.000 t gesteigert werden. Bei rationellster Ausnutzung des Frachtraumes sollen die Berliner einigermaßen erträglich leben können. Die Erreichung dieses Zustandes wäre eine wesentlich wirksamere Beeinflussung der russischen Politik als das Rätselraten um eine vermeintliche Friedensoffensive. In der Währungsfrage ist ein entscheidender Punkt dadurch erreicht, dass der von der UNO eingesetzte Sachverständigenausschuss aus politischen Gründen seine Arbeit eingestellt hat. Für die englische Regierung dürfte damit die formelle Ursache ihres bisherigen Zögerns entfallen sein und Frankreich wird verstehen müssen, dass es bei Fortdauer des Währungschaos einfach nicht möglich ist, Ordnung in den Berliner Haushalt zu bringen. An ganz besonderem Interesse sollten die deutschen Westzonen an einer Klärung der Lage interessiert sein, die besser ihren unmittelbaren wirtschaftlichen auch ihre mittelbaren politischen Konsequenzen haben würde.

Die Schaffung einer neuen Rechtsbasis ist schon deshalb notwendig, weil nach dem Ende Preussens alle seine Bestandteile irgendwie untergebracht wurden - bis auf Berlin. Die neue Ordnung kann nur darin bestehen, dass Berlin zum Land gemacht wird, wie es der von der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluss vorsieht. Die Außenminister der drei westlichen Grossmächte werden darüber wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zukunft befinden und man darf auf eine positive Entscheidung hoffen. Es ist aber kein Geheimnis, dass die Haupt Einwände gegen eine föderative Einverleibung Berlins nach Westdeutschland von französischer Seite erhoben werden und dass man in England alles vermeiden möchte, was die Position der gegenwärtigen französischen Regierung schwächen könnte. Das wesentlichste Argument besteht offenbar darin, dass eine Herausforderung Russlands vermieden werden müsste. Im Hintergrunde steht allerdings vor allem wohl die Angstvorstellung, Deutschland könne zu gross und einflussreich werden. Der französische Außenminister hat sich allerdings in seinem Gespräch mit Ernst Reuter für die Einheit Deutschlands ausgesprochen. Er hat den Berlinern Unterstützung zugesagt und es völlig klar

16. Februar 1949

gemacht, dass eine Verständigung überhaupt nur nach Wiederherstellung aller unkontrollierbaren Verbindungen zum Westen in Frage kommen könne. Damit scheint ein wichtiger Schritt zur deutsch-französischen Verständigung getan zu sein. Wahrscheinlich wird sich die Eingliederung Berlins in Etappen vollziehen. Die schrittweise Lösung des Problems darf aber keine Ausschaltung Berlins bei der Bildung der Bundesorgane bedeuten. Von deutscher Seite besteht kein Anlass, die Forderung auf voll gleichberechtigte Einbeziehung Berlins fallen zu lassen. Vor allem sollte man sich auch nicht durch den Schreckenschuss der sowjetischen Militärverwaltung aus der Ruhe bringen lassen, die vor einigen Tagen durch ihr Informationsbüro erklärte, bei der vorgesehenen Beteiligung Berlins handele es sich um einen provisorischen Trick. Niemand weiss besser als die Berliner, dass sich hinter einer solchen Erklärung nur die Enttäuschung über das Scheitern des Blockadeunternehmens verbirgt. (the/162/1/ho)

SSW im Abflauen

Kiel, 16. Februar

Es ist still geworden um die "Südschleswigsche Wählervereinigung", seit die Wahlen im vergangenen Herbst gezeigt haben, dass auch die Bäume der "Snockdäsen" nicht in den norddeutschen Himmel wachsen. Da sich im Lande wenig ereignet, was zu Störungen Anlass gäbe, geht man rüber Landes. Ein Abgeordneter aus Irland - Professor Savory - hat im Unterhaus an Außenminister Bevin einige Fragen gestellt, die sich mit der politischen Agitation der SSW befassen. Die Motive der Anfrage blieben unklarlich, aber Minister Bevin konnte den Professor dennoch beruhigen.

Die SSW hat ihren Höhepunkt überschritten, die Bewegung flaut ab. Was noch einen Teil der Bauernschaft in ihre Reihen drängt, ist die Angst vor dem Lastenausgleich. Unausgesprochen, aber darum nicht weniger sehr hoffen diese Bauern immer noch auf eine Entwicklung, die sie dem Wirkungsbereich des Lastenausgleichs entziehe. In dieser Hinsicht aber konnte Minister Bevin die Deutschen beruhigen, wie man im Falle Südschleswig der Besatzungsrecht im allgemeinen bestätigen kann, dass sie ihre Rolle als ehrlicher Erklär einwandfrei spielt. Die Regierung von Kiel ist bemüht, jede Verschärfung der Lage zu vermeiden und in diesen Rahmen gehört auch eine Massnahme, die am 1. April wirksam und eine wichtige Förderung im Minderheitenschulwesen bringen wird. Die dänischen privaten Schulen in Südschleswig wurden bisher zu 60% von der Landesregierung, zu 40% vom dänischen Schulverein finanziert. Daneben gibt es noch einige Kommenschulen, die, bisher von der Selbstverwaltung getragen, nunmehr gleichfalls in Privatschulen verpackt werden. Gleichzeitig wird der Landeszuschuss für sämtliche Privatschulen auf 80% aller Ausgaben erhöht. Das bedeutet zweifellos eine Mehrbelastung des ohnehin schwer darniederliegenden schleswig-holsteinischen Haushalts, erfolgt aber im Interesse des Friedens. Einwendungen von südschleswig-dänischer Seite wären ungebracht, weil diese Regelung auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht. Im dänischen Nordschleswig werden die deutschen Minderheitenschulen ebenso behandelt. Es gibt aber einen fundamentalen Unterschied. In Dänemark gab es bei Kriegsende 55 deutsche Minderheitenschulen, heute sind erst fünf wieder zugelassen. In Deutsch-Südschleswig gab es bei Kriegsschluss neun dänische Schulen, heute 63.

irische Professor hätte also eher Grund gehabt, sich nach dem Schicksal der deutschen Minderheit in Dänemark zu erkundigen als umgekehrt. Die dänische Minderheit in Südschleswig erfreut sich aller Freiheiten bis auf die der separatistischen Agitation. Es wäre beruhigend, könnte man gleich Positives auch von den Deutschen jenseits der Eider sagen.

Die Politik der Kieler Landesregierung, nichts zu verschärfen und der Bewegung der "Speckdäcken" durch Besserung der allgemeinen Lebensbedingungen die materielle Grundlage zu entziehen, wird aus den eigenen Reihen nur wenig gestört. Die Drüztlicher der SS merken aber die Gefahr, die ihrer Bewegung von der Ruhe droht. Daher publiziert die "Südschleswigsche Heimatzeitung", das Blatt der SS, das sich der deutschen Sprache bedienen muss, um von den "Dänen" verstanden zu werden, die Gemüter auf. Die Zeitung spricht, wenn sie die Regierung von Kiel aufs Korn nimmt, von den "Kielokraten", von den "verpusstesten Slaven", von "Gaulen" "Ludemann, usw. Es ist erstaunlich, welches Mass an Gefühl man in Kiel aufbringt. Den Husumern - dort erscheint das genannte Blatt - ist offensichtlich unbewusst, dass nach der Husumer Krug solange zum dänischen Wasser geht, bis er bricht. (m/2/162/l/he)

Der Kern der Sache

sp. Der amerikanische Armeeminister Royall hat kürzlich nach einer einwöchigen Informationsreise durch Japan vor der amerikanischen Handelskammer erklärt: "Der Lebensstandard hat sich in allen jenen Nationen gehoben, die mit den Vereinigten Staaten in Verbindung stehen. Es gibt aber keine einzige Nation unter russischer Herrschaft, die nicht unter einer Senkung ihres Lebensstandards zu leiden hat."

Hätte er noch, wozu alle Veranlassung gegeben ist, hinzugefügt: Es gibt kein Land, das mit den Vereinigten Staaten in Verbindung steht, in welchem nicht das Gefühl unabdingter persönlicher Sicherheit herrscht, während auf der anderen Seite kein Land der russischen Einflusssphäre gerade diesen Vorzug für sich in Anspruch nehmen kann - dann hätte er in kurzen Worten die wichtigsten Unterschiede zwischen West- und Ost aufgezeigt. -Schlecht leben und dieses schlechten Lebens nicht einmal sicher sein - das ist zu viel oder besser - zu wenig. Nur brutale Gewalt kann die Klammer sein, die, so lange es eben geht das riesige Gebilde aus Not und Furcht zusammenhält. (m/1/162/hc)

Lettische Rektionäre

sp. Zur Zeit leben in den drei Westzonen Deutschlands etwa 70.000 Letten. Ein bedeutender Teil dieser DPs hat mit der nazistischen Okkupationsmacht zusammengearbeitet. Politisch ist die grosse Mehrheit der Flüchtlinge rektionär und hat autoritäre Auffassungen. Die nationale lettische Diktatur von Ulmanis (1934-1940), welche die lettische Demokratie und die Arbeiterbewegung vernichtete, wird heute offen in der lettischen Presse in Deutschland verherrlicht.

Als die lettischen Sozialdemokraten Ende 1948 in Stuttgart mit Hilfe des "Volkswille"-Verlages eine demokratische Zeitschrift, "Brīvība" (Die Freiheit) herausgaben und dort sowohl den Kommunismus wie auch die Diktaturverherrlichung seitens der lettischen Reaktionäre kritisierten, wurden sie mit den wütesten Angriffen und Verleumdungen überschüttet. Die lettischen Reaktionäre verboten den Verkauf der Zeitschrift in den DP-Lagern, bedrohten und verfolgten die Leser und Mitarbeiter.

Nunmehr sind diese Leute noch weiter gegangen und haben nach Muster der Gestapozeit die lettischen Sozialdemokraten den IRO- und USA-Behörden als angebliche Kommunisten denunziert! Dadurch will man die Emigration nach Amerika von einigen führenden lettischen Sozialdemokraten verhindern. Es handelt sich um V. Bostjanis, ein ehem. Mitglied des lettischen Parteivorstandes, und V. Būbers, den ehem. Vorsitzenden des Verbandes der Staatsangestellten Lettlands, beide in Esslingen bei Stuttgart wohnhaft. Gleichzeitig hat man auch Bruno Kolnins als "kommunistischen Kommissar" verleumdet. Kolnins, ehem. Parteisekretär und Reichstagsabgeordneter Lettlands, hat vier Jahre in den Gefängnissen und Konzentrationslagern verschiedener Diktaturen verbracht, ist heute der Vorsitzende des Auslandskomitee der lettischen Sozialdemokraten und lebt in Stockholm. Er führt seit Jahren einen heftigen Kampf gegen die Kommunisten, viele seiner Artikel sind auch in der sozialdemokratischen Presse Deutschlands veröffentlicht und Ende 1948 erschien in Wien sein scharf antikommunistisches Buch "Ist die Sowjetunion ein sozialistischer Staat?", welches schon in vier Sprachen übersetzt und von den Kommunisten heftig angegriffen worden ist.

Alle diese Verleumdungen und Denunziationen geschehen auf deutschem Boden gegen alte bewährte Sozialdemokraten. Darauf sollten einmal die leitenden Alliierten und die IRO-Stellen ihre Aufmerksamkeit richten.

Kriegsakademie Dorpat

sp. Die "älteste Hochschule im Baltikum, die von den Schweden gegründete Dorpater Universität, ist, wie das Organ der lettischen KP "Ziņā" in Riga bekanntgibt, in eine Kriegsakademie verwandelt worden. Die Leitung dieser baltischen Kriegsakademie liegt in russischen Händen. Als Militär-Pädagogen wirken auch einige wenige hohe Militärs der ehemals baltischen Staaten, die sich bereits 1940 für Moskau entschieden hatten. Die offizielle Unterrichtssprache ist russisch. Die politischen Kreise in Riga und Riga betonen, damit sei bewiesen, dass Moskau ungeachtet der feindlichen Haltung der baltischen Völker der Sowjetunion gegenüber grosszügig sei und um das Vertrauen werbe. Die unlängst in Schweden eingetroffenen Flüchtlinge sind jedoch anderer Meinung. Sie weisen auf die militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion hin und auf das Bestreben, die Bevölkerung des Baltikums, soweit sie nicht von der Zwangsverschickung betroffen sind, in diese Vorbereitungen einzubeziehen.

Verantwortlich: Peter Braunau